

**18. Wahlperiode**

## **Schriftliche Anfrage**

**der Abgeordneten Anne Helm und Niklas Schrader (LINKE)**

vom 09. Dezember 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. Dezember 2019)

zum Thema:

**Todesfälle in Gewahrsam**

und **Antwort** vom 27. Dez. 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 30. Dez. 2019)

Frau Abgeordnete Anne Helm (Linke) und Herrn Abgeordneten Niklas Schrader  
(LINKE)  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort  
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/21 867  
vom 09. Dezember 2019  
über Todesfälle in Gewahrsam

-----  
Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Todesfälle von Personen während freiheitsentziehender Maßnahmen durch die Polizei gab es in Berlin seit 1990? (Bitte nach Art der freiheitsentziehenden Maßnahme, Jahren, Dienststellen und Todesursachen auf-schlüsseln.)
2. Wie viele Todesfälle von Personen unmittelbar nach Beendigung einer freiheitsentziehenden Maßnahme durch die Polizei gab es in Berlin seit 1990? (Bitte nach Art der freiheitsentziehenden Maßnahme, Jahren, Dienststellen und Todesursache aufschlüsseln.)
3. In welchen der unter 1. und 2. genannten Fälle wurden gerichtsmedizinische Obduktionen durchgeführt und welches Ergebnis hatten diese?
4. Wurden in allen der unter 1. und 2. genannten Fälle Gewahrsamstauglichkeitsuntersuchungen durchgeführt und falls nein, warum nicht?

Zu 1. bis 4.:

Hierzu führt die Polizei Berlin keine Statistik, eine automatisierte Recherche ist insofern nicht möglich.

5. Unter welchen gesundheitlichen Umständen dürfen Menschen nicht in Gewahrsam genommen werden?

Zu 5.:

In eine polizeiliche Gewahrsamsstelle dürfen Personen nur eingebracht werden, wenn kein Zweifel an deren Verwahrfähigkeit besteht. Die Verwahrfähigkeit wird auf Wunsch der einzubringenden Person oder auf Anordnung des Gewahrsamspersonals durch einen Honorararzt oder eine Honorarärztin festgestellt. Die Feststellung der Verwahrfähigkeit stellt eine gutachterliche Tätigkeit dar, bei der vor der ärztlichen Entscheidung über die Verwahrfähigkeit eine Anamnese erhoben wird sowie eine gründliche ärztliche Untersuchung erfolgt. Die Feststellung der Verwahrfähigkeit endet mit der Aussage „verwahrfähig“, „nicht verwahrfähig“ oder

„Einweisung in ein Krankenhaus erforderlich“. Die Feststellung der Verwahrfähigkeit kann auch unter Auflagen erteilt werden. Hierzu zählen insbesondere Hinweise auf (medizinische) Überwachung, engmaschige Zeitvorgaben bei Kontrollen oder die Überprüfung der Erweckbarkeit als auch Vorgaben zur Medikamenteneinnahme, Nahrungsaufnahme oder Durchführung von Konsiliaruntersuchungen. Das offensichtliche Vorliegen eines schwerwiegenden Traumas und/oder einer akuten Erkrankung ziehen eine sofortige Klinikeinweisung nach sich, was den Status einer Freiheitsbeschränkung oder eines Freiheitsentzuges nicht aufhebt.

6. Welche verschiedenen Maßnahmen wurden im Zusammenhang mit den Bedingungen des Freiheitsentzugs aufgrund welcher Todesfälle in freiheitsentziehenden Maßnahmen seit 1990 ergriffen? (Bitte einzeln nach Vorfall und ergriffenen Maßnahmen aufschlüsseln.)

Zu 6.:

Die Bedingungen in Polizeigewahrsamen werden ständig eigeninitiativ überprüft. Darüber hinaus findet unter anderem auch eine Prüfung durch die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter statt. Die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter stellt in diesem Zusammenhang den nationalen Präventionsmechanismus für die Bundesländer in Deutschland dar. Grundlage ist das Fakultativprotokoll zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OPCAT), welches als Ergänzung des Anti-Folter-Übereinkommens der Vereinten Nationen von 1984 am 4. Dezember 2008 von Deutschland ratifiziert wurde. Am 20. November 2008 wurde durch das Bundesministerium der Justiz die Bundesstelle zur Verhütung von Folter eingerichtet und durch Staatsvertrag vom 25. Juni 2009 die gemeinsame Länderkommission. In deren Zuständigkeit fallen alle Orte der Freiheitsentziehung, für die die Länder zuständig sind. Durch die Länderkommission finden regelmäßig unangekündigte Besuche an entsprechenden Orten – also auch in Polizeigewahrsamen der Polizei Berlin – statt. Die Beobachtungen werden seit 2014 zum Teil in Besuchsberichten öffentlich gemacht, ebenso wie die Stellungnahmen der betreffenden Stellen. Diese sind online unter <https://www.nationale-stelle.de/de/besuche/laenderkommission.html> nach Berichtsjahren sortiert. Zudem werden seitens der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter Jahresberichte veröffentlicht. Enthaltene Empfehlungen werden regelmäßig durch die Polizei Berlin umgesetzt.

Berlin, den 27. Dezember 2019

In Vertretung

Sabine Smentek  
Senatsverwaltung für Inneres und Sport